

Erstpreis täglich
nachmittags mit Ausnahme
des Sonntags und Feiertags.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.,
vierteljährlich 1 50 Pf.,
halbjährlich 2 80 Pf.,
jährlich 5 20 Pf.
Nachnahme, bezahlbar in Voraus.
wenn die Post besagen.
Kassenschein, Postanweisung.

„Die neue Welt“
Kultur- und Sozialdemokratie,
durch die Post nicht bestellbar,
kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Einsammler-Kassier:
Buchhändler Kallieski.

Die neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
für die Zeilenzahl
in der ersten Spalte
10 Pf., in den anderen
Spalten 15 Pf.
Nachnahme, bezahlbar in Voraus.
wenn die Post besagen.
Kassenschein, Postanweisung.

Interesse
für die Zeilennummer
müssen im Voraus bei
der Expedition aufgegeben
sein.

Einsparungen in der
Postgebühren-Taxe
nach Nr. 1518.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberg
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Cr.

Eine neue lex Heinze in Sicht?

Die Gelehrten und die Geistesreichen üben ihre Waffenbrüderlichkeit, wenn es sich um Verurteilung des Volkes handelt. Und gegen die Satire, welche sich mit dem fischlichen Aberglauben beschäftigt, entbrant der katholische Vater in gleich aufreißendem Maß wie der protestantische „Seeliger“. Gleiche Brüder, gleiche Schmerzen. Natürlich hüben sich die Herren, eingedenk der biblischen Mahnung, Flug zu sein wie die Schlangen, die wirkliche Urheide ihres Volkes zu bekennen. Sie sagen darum nicht, daß sie die Anklage über religiöse Fragen als schwere Gefährdung des Vaterlandes empfänden, sondern sie führen den Kampf unter der Devise: Forderung der Gerechtigkeit, Unterdrückung der Unmoralität. Das klingt hübsch und bringt den Schwärzen manchen Bundesgenossen ein, der sonst nicht daran denken würde, sich vor einem pfiffigen Korren spannen zu lassen.

Die Zerrüttung der lex Heinze vor drei Jahren durch den Reichstag liegt nun den Wärdern noch schmerzlicher in den Ohren; unablässig ist ihr Einnen darauf gerichtet, die damals erlassene Schlappe auszugleichen. In kleinen Zirkeln und größeren Konferenzen, in Wort und Schrift sind sie mit Ausdauer bei der Arbeit gewesen, die widerpenstigen Erfolge umzustimmen. Bisher war dies ohne greifbaren Erfolg geblieben; am Mittwoch hat ihnen dagegen ein verheißerndes Glückstrahl geschickt. An der Versammlung für freie Kunst und Wissenschaften, die nach nicht angestrebter, sondern, so dürfen sich doch seit Mittwoch die vereinigten Bekämpfer und Bekämpften errettet der Hoffnung hingeben, sie würden in absehbarer Zeit am Ziele ihres Strebens stehen. Der Vorfall war von so merkwürdigen Begleitumständen umgeben, daß der Ernst der Situation nicht zu bezweifeln ist, und daß die Öffentlichkeit ein eminentes Interesse daran hat, rechtzeitig und vollständig unterrichtet zu werden.

Die Kreisynode Berlin II hatte den Beschluß gefaßt, die Reichsregierung zu erwidern, „Erlaß wir formaler Vorarbeiten zur Unterdrückung schlechter Literatur und Kunstwerke.“ Dieser nach dem Beschluß aus dem Reichstage als Petition zu. Die fromme Synode hat ihre letztere Zeit nicht damit verbracht, Material für die Vorarbeiten beizufügen. Der Korreferent für diese „Petition“, unser Parteigenosse Schwarz-Büchel, hatte deshalb, entsprechend der vom Reichstage in solchen Fällen stets geübten Praxis, sein Wortum dahin abgegeben, die Petition möge für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt werden, weil sie geeignetes Material zur Veränderung der Gesetzgebung nicht enthalte. Dieses durchaus korrekte Wortum entbrant jedoch nicht der Zergewöhnung des Referenten, als wieder der Zentrumsgesandnete Marcor, Direktor der bekannten Büchereidirektion in Sobern, anwesend geworden war. Herr Marcor verlangte nämlich die Zurücknahme eines Regierungskommissars, als welcher in der Sitzung der Petitionskommission am Mittwoch der Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. v. Eichendorff erschienen war.

In seinen entleerten Ausführungen erbat Herr Marcor an, daß der Korreferent mit seinem Wortum im Reide ste; er

hätte jedoch die Frage für wichtig genug, sie in Anwesenheit eines Regierungskommissars zu verhandeln. Herr v. Eichendorff erklärte darauf kurz, die Regierung sehe keinen Anlaß, eine Veränderung der Gesetzgebung einzutreten zu lassen. Bei dieser Erklärung könne er es benennen lassen, er halte es jedoch für zweckmäßig, bei dieser Gelegenheit eine Uebersicht zu geben über die Bestimmungen, die auf Grund der Veränderung des Strafgesetzbuchs nach Wegnahme der lex Heinze herbeigeführt seien. Wegen Zahl derer (§ 181) seien bestraft worden 1901 226 Personen, 1902 226 Personen. Wegen Vorbereitung zur Begehung unzüchtiger Handlungen (§ 184 Abs. 1) durch Anführung unzüchtiger Schriften sind im Jahr 1902 473 Personen bestraft worden. Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften an Personen unter 16 Jahren konnten nur 6 Personen bestraft werden, wegen Anführung von Gegenständen, die zu unzüchtigen Gebrauchen bestimmt sind, 210 Personen und wegen Verbreitung von unzüchtigen Schriften 2 Personen. Die Anfrage des Abg. C. emmler (natl.), ob eine Uebersicht vorliege, wie sich die Zahl derer zur Verhinderung der Prostitution verhalte, konnte nicht erörtert werden, da sie mit der Petition nicht in direktem Zusammenhang stand.

Abg. Marcor lang nun ein bewegliches Mitglied über die zunehmende Verbreitung unzüchtiger Schriften trotz der lex Heinze. „Nunmehr werde die Forderung erhoben: Schutz vor Schmutz. Simplicifimus und Jugend gehören zu den hart unzüchtigen Schriften; das werde jetzt auch von der Zeitschrift die Grenzboten eingemittelt. Wir können uns kaum mehr retten vor Schmutz.“ Die Weisheit des Familienlebens steht auf dem Spiele.“ Bei uns am Rhein werden den Familien schamlose Dofferten in die Häuser geschickt und in Abwesenheit der Männer von deren Frauen oder Töchtern entgegengenommen.“ Bei der Simplicifimus-Affäre im bayrischen Landtage hat der Minister erklärt, er sehe noch wie vor schärferen Maßnahmen impossibly gegenüber. Die Regierungen werden sich darum wohl nicht abzurufen verhalten, wenn der Reichstag den ersten Schritt unternimmt. Hierzu hat er allen Anlaß. Ich beantrage deshalb die Petition dem Herrn Reichstagskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.“ Also sprach der Zentrumsmann.

Abg. Erzberger (Zentr.) schlug in dieselbe Verbe. Die Regierung gebe viel zu laut vor, namentlich handbabe sie nicht streng genug den Paragraphen 56 der Gewerbeordnung. Die Zustände auf der Friedriehstraße in Berlin seien haarsträubend, da müsse unter allen Umständen etwas geschehen. Wer 1900 noch Gegner der lex Heinze gewesen sei, habe sich inzwischen befehrt.

Abg. Thiele (Soz.) protestierte zunächst dagegen, daß die stets geübte Praxis, Petitionen ohne sachliches Material mit Regierungskommissaren zu verhandeln, in diesem Falle durchgeführt werde. Daß die Eingabe von einer Synode auszugehen dürfe keinen Anlaß geben, sie anders zu behandeln. Zur Sache selbst sei zu sagen, daß das einzige Gebot über angebliche Aufnahme der Unmoralität unzureichend ist und langweilig werde. Man möge doch wenigstens offen heraus erklären, daß man eine lex Simplicifimus und eine lex Jugend wünsche, denn gegen diese beiden Väter richte sich doch das

ganze Geheiß. Da gebe er aber doch dem Herrn Marcor zu bedenken, daß die unendlich gemeinen Szenen, die eben erst in diesen Tagen vom Lichtschein auf dem Bürgersteig in Berlin gemeldet worden sind, und die von uns Sozialdemokraten mißbilligt und verurteilt werden wie von Jhnen, auf ganz andere Quellen der Unmoralität hinweisen; denn jene Frauen und Männer werden schließlich zu den Lesern des Simplicifimus oder der Jugend gehören. Die geistlichen Handhaben zur Bekämpfung der Unmoralität reichen voll und ganz; auch der Regierungskommissar hat nicht das Gegenteil behauptet. Ob § 56 der Gewerbeordnung stärker gegen unzüchtige Schriften gehandhabt werden kann, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß auf Grund dieses Paragraphen, der den Holptatort-Buchhandel betrifft, sozialdemokratische Schriften streng vom Vertrieb ausgeschlossen werden. Vielleicht erwidern die Herren der Polizei gefährlicher als unzüchtige Schriften. (Geheiß) Was soll das übrigens heißen: schlechte Kunstzeitschriften? Sind frühere Gegner der lex Heinze jetzt zu Freunden desselben geworden, so wird es wohl auch Beispiele für den ungesicherten Fall geben, denn wie die Polizei gegen unzüchtige Kunstwerke eingeschritten ist, hat gegen sie nichts kommen, wenn die Polizei zum Kunststrichter eingeklagt wird. Aus solchen und ähnlichen Gründen können wir deshalb der Petition keine weitere Folge geben, am allerwenigsten sie zur Berücksichtigung empfehlen. Das äufere was wir tun dürfen, ist Uebertragung zur Tagesordnung; um eine Erörterung der Petition im Plenum zu ermöglichen.

Abg. C. emmler (natl.) bestritt, daß die geistliche Bewand der Behörden auf dem Gebiete des Schutzes der Gerechtigkeit genügt ist, das beweise ein Blick auf die Friedriehstraße. Er beantrage Uebernahme der Petition als Material. (Zuruf des Abg. Thiele: Es ist ja kein Material beigegeben.) Die müssen eine Stillschick-Gesetzgebung ganz für sich erhalten.

Abg. Fischer (Zentr.) polemisiert gegen Thiele, ohne etwas Sachliches vorzubringen. Die lex Heinze würde in ihrer jetzigen Fassung nicht, der § 184 müsse verdrängt werden. Die Petition sei zur Berücksichtigung zu übermeinen.

Abg. Dr. Thaler (Zentr.): Es handelt sich um das wichtigste Gut der deutschen Stillschick und der inneren Kraft. Da greife ich stets zu. Die bisherigen Maßnahmen sind nicht genügend. Um andere Fragen der Volksgesundheit kümmert man sich sehr genau; so haben wir jetzt zwei Tage im Plenum über die Fleischbeschau und ähnliche geirredet, aber für die Stillschick hat man nicht übrig. Ich bin nicht bloß für Berücksichtigung sondern für energische Berücksichtigung. (Lachen; denn diese Form der Uebernehmung der Petition gibt es gar nicht) — Es sei bemerkt, daß Abg. Dr. Thaler an Stelle des erkrankten Abg. Krebs zum ersten Male einer Sitzung der Pet.-Kom. beizutreten.

Abg. Dr. Posthoff (Freis.): Die Petition enthält kein Material, sondern nur eine Mahnung. Sie ist deshalb ungeeignet zur Erörterung im Plenum. In der Idee des Schutzes der Stillschick sind wir alle einig; es handelt sich nur um die geistliche Haftung. Die lex Heinze war unglücklich gefaßt, denn

Rosmopolis.

Roman von Paul Bourget. Deutsch von Emma Becker.

Ohne sich viel aus den ersten Zurückweisungen zu machen, ging Palmer nun daran, das dritte Ziel seines Lebens, eine gesellschaftliche Stellung, zu erringen. Auf die Verweise der Dabloger war, wie es beim Gelehrten seiner Art häufig zu gehen pflegt, die Periode der Stillschick gefolgt. Als Winter betrug er die Besuche seiner Lady mit dem Bewußtsein, so großer Beharrlichkeit und Umlauf als früher seine Geschäfte und bewarg sein Strohbett unter einer Haltung von tadelloser vornehmer Ruhe. Wie er Mittel und Zeit gefunden hatte, sich während eines Lebens voll Studium und Mühe daran zu halten, daß er ununterbrochen wieder die Zurückweisung der Briefe ohne nicht mehr als ein beiläufiges Wort in dem vierundfünfzigjährigen Baron und Ritter mehrerer Orden, der einen prachtvollen Palast besaß, eine reizende Tochter hatte und selbst ein angenehmer Gesellschaftler von ritterlichem Anstand und ein eleganter Sportsmann war? Das ist das Geheimnis dieser Naturen. Die auf den joshien Kampfen geschritten sind, wie ein Napoleon aus dem Krieg, ein Talleyrand auf die Staatskunst. Dornen grübelte längst darüber nach, ohne die Frage lösen zu können. Obwohl er sich gerührt hatte, dem Baron mit künstlerischer Interesse zu bestrachten, gelang es auch ihm nicht, eine leise Neigung des Hibernierens zu überwinden, der ihm immer beiläufig, wenn er dem schrecklichen Mann in die unheimlichen Augen sah. Auch jetzt war es ihm geradezu peinlich, daß diese Augen ihn beim Besichtigen seiner harmlosen Holz erazzi hatten, obwohl in der Art, wie der Baron ihn anredete — ganz dem Ton eines großen Herrn, der Künstler protegiert — nur ein kaum merklicher Anflug von Hohn lag.

„Lassen Sie sich ja nicht stören, mein lieber Weiser“, sagte er. „Sie arbeiten nach der Natur und tun sehr wohl daran. Ich merke schon, Ihr nächster Roman wird sich um den Zusammenhang bei unfern armen Künstlerinnen handeln.“ Das machte Sie's quänte ihm und mit uns andern auch. Der Schriftsteller ward bei diesem gut gemeinten Scherz ein wenig tot. Keine Rederei verdroß ihn so sehr als diese,

vieleicht eben deshalb, weil sie zu gleicher Zeit gerecht und ungerecht war. Wie sollte er die Art von literarischer Alchemie erklären, durch deren Hilfe er mit Recht reichlich konnte, wie ein Porträt gemalt und doch keine Linie in seinen fünfzehn Bänden ohne Modell gezeichnet zu haben!

„Da künden Sie sich gründlich, mein lieber Baron“, gab Dornen ziemlich überschaunig zurück. „Ich mache über niemand Notizen und schreibe keine Schmeieleramen.“ „Das behaupten alle Schriftsteller“, verbeißte Palmer mit der gemachten Güntigkeit, die ihn selten im Stich ließ, die Wärdern zuckend, und auch Baron haben Sie recht. Ebenfalls bin ich sehr froh, daß Sie die nach Ihnen gezeichnet haben, denn jetzt haben wir die Damen wenigstens zu zweien warten lassen und tragen ihren Groß gemeinlich. Es ist beinahe ein Viertel nach elf und auf Punkt elf Uhr war das Stillschick gerade bereit. Nun, ich kann mich rechtfertigen, ich habe auf meine Ehre die gemachten, die nach Ihnen gezeichnet haben.“ „Und Sie kommt nicht?“

„Nein, im letzten Augenblick hat sie mir abgefallen.“ Sie hat heute früh einen kleinen Neger verschlucken müssen wegen irgend eines alten Buches, das sie kaufen wollte und das ihr ein Schlägerer weggeschleppte. Er war sehr angenehm, daß die Mädchen darauf harte, und wenn sie ihre Leume mit fünf und zwanzig Louvres teurer bezahlt, wird die Sache erledigt. Das ist aber nicht der eigentliche Grund, der liegt vielmehr in ihrer Empfindlichkeit. Sie findet es gar zu wenig, den Neß ihrer so alten Familie unter dem Hammer kommen zu sehen. Schließlich hat sie das hatten, wie sie will! Wie war's ernt, wenn sie die hochgeliebte Fürstin Nicoletta, Peppinos Mutter, gekannt hätte! Als ich zum ersten mal nach Rom kam, im Jahre 1875, da hätten Sie diesen Salon leben sollen und diese Fürstin, die es so ganz war! Sie war eine Gondolieri, aus der Familie Eugens IV., eines Papstes von reinem Cincuentino.“

„Wie die Stillschick auch die Pflichten thun macht“, sagte sich Julian, seinen Schritt dem Baron anpassend. „Er möchte mich mit den Eindrücken erwecken, das er von dieser Frau empfangen worden ist, die am helllichten Tag in der Wahl ihres Geistes die schändliche aller Schwärzen. Sie wird vertrießel das Leben aber doch ist, als löst ein Montfano ab! Dornen Wärdern hat ihr Gesicht genau daselbe, wie dem alten Legationssien sein politischer Glaube; sie will die

schmerzlichen Todeslampe des Adels nicht betreten, und dazu dieser Vater, bei dem der einstige Träbler von Zeit zu Zeit die Ohren heraussticht und der einen Paß einschickt wie ein altes Möbel — reinlich Cincuentino! Solange ich ihn noch allein gehe, muß ich aber den alten Frau's doch fragen, was er über Robesan Gortas Räucher weiß. Er ist ja der Erlaue der Frau und muß über das Tum und Treiben des Volkes unterrichtet sein.“

Dornen nabe Beziehungen zur Gräfin, deren Vertrauensmann im Geldangelegenheiten der Baron war, hätte für Dornen ein Grund sein müssen, diesen Gegenstand sorgsam zu vermeiden, um so mehr, als er wohl fühlte, daß Palmer nicht sein Freund war. Durch trand ein kostbar hinterbrachtes Wort konnte er ihm bei Alas Trand recht haben, allein der Schriftsteller hatte, wie die meisten berufsmäßigen Menschenhener, nur Schamhaft für das hinter ihm Liegende. Wie hätte sein durchdringender Verstand ihn vor einer jenen feinen gesellschaftlichen Unvorsichtigkeitlichen in die Unschicklichkeit dieses armenigen Lebens große Verlegenheit, und es war ein Glück, daß er seine andern Ziele verfolgte, als seine Vergnügungen und seine Kunst. Er hätte sich sonst mit Beiligkeit Feinde genug schaffen können, um aller Hoffnung auf Ehren und Ansehen verlustig zu gehen. Den Augenblick greifend, wie der Baron, im ersten Stod angefallen, ein wenig nach Luft schnappte und ein Vertreter des Interessens die Nichtigkeit ihrer Einlagehüter befragte, fragte er denn auch richtig: „Saben Sie Gortas schon gesehen?“ „Wieso? In Robesan hier?“ gab der Künstler zurück, seine Ueberbrückung nur durch die Bemerkung verwehend: „Ich habe ihn noch in Polen vermerkt.“

„Ich selbst habe ihn auch noch nicht gesehen“, sagte Dornen, der sein vornehmliches Wort hören durfte, denn es ist bei manchen Neutaliten taffam, nicht der erste zu sein, der sie vertritt. Allein daß ein so munter Freund der Gräfin, der sie beinahe täglich sah, nichts von dieser überbrückenden Räucher wußte, war so auffallend, daß der junge Mann die Sache weiter verfolgen mußte. „Ein Bekannter, an dessen Wahrheitlichkeit man nicht zweifeln kann, ist ihm heute früh begegnet, aber er, er, und fragte mich etwas unheimlich: „Haben Sie die plötzliche Stillschick nicht unterdrückt, Baron?“ „Unheimlich?“ wiederholte Palmer. „Wieso?“

... konnte auch auf Kunstgegenstände angewendet werden. Auch müßten Dutzende von Vollgelehrten unter Klage gestellt werden, weil sie durch Käuflichkeit der Prostitution derselben Sordidus leisten. Wäre das durch seinen Roman ein Vermögen erworben, und für den Simplicissimus ist durch die Beilagen eine äußerst wirksame Klamme gemacht worden.

Abg. Marcor (Zentr.): Die Petition geht von einer bedeutenden Korporation aus, deshalb hat sie größeres Gewicht, als wenn sie von einer Einzelperson käme. (Hoh bei den Sog.) Weil den Seitenhieb des Abg. Thiele wegen der Szene auf dem Bürger gelte ich nicht ein; ich kann nur sagen, daß es gerade die letzten Namen des Simplicissimus und der Jugend sind. Die eingekesselten Arbeiter betreffen sich an solchen Sachen nicht.

Der Regierungskommissar Dr. v. Tischendorf bezieht sich nach der energischen Bemerkung einer neuen lex Zeige, zu erklären, er sei nicht ermächtigt, namens der verbündeten Regierung eine Erklärung abzugeben. Es sei bisher für die Regierung nur kein Anlaß gegeben, eine Änderung der Gesetzgebung eintreten zu lassen. Das sprach hier nachgiebig.

Abg. Fischer-Sandien (Soz.): Die Kommissare des Marcor'schen Standpunktes, weil die Synode eine beachtenswerte Sonderschicht ist, verdienen ihre Petition besondere Berücksichtigung, wäre die, daß wir als Petitionskommission beispielsweise auf Verzicht des sozialdemokratischen Vertretens und ohne das gezeichnete Material begründet wird, die Abstimmung eines einzigen Gesetzes dem Reichstagen zur Berücksichtigung überweisen müßten. Das Ziel der Synode ist, eine lex Simplicissimus, eine lex Jugend zu schaffen. Man will die Kunst wieder mit dem Zukünftigen verbinden. So oft ich schon durch die Friedrichstraße gegangen bin, so oft mir doch noch ein obiges Bild angeboten worden. Es wird vielleicht denen, welchen solche Sachen angeboten werden, am Gefichte angetan, daß sie dafür zugänglich sind.

Abg. Storz (Sidd. Volksp.): Die Zunahme der Unfruchtbarkeit ist nicht bedenklich. Der Simplicissimus ist nicht unfruchtbar, sondern er geistigt sie durch scharfe Darstellung ihrer Auswüchse. In lässlichen Betrieben, wo nie die Jugend oder der Simplicissimus hinommt, wo nie die „unfruchtliche“ Literatur eindringt, sondern wo die Leute nur leben, was der Farmer ihnen gibt, dort ist der fruchtbarste Stumpf der Unfruchtlichkeit.

Abg. Semmer (natlib.): Wie sollten die Regierung veranlassen, Magnaten zu erweisen, welche das Geringste der Sittlichkeit betreffen. Kommen wir jetzt mit der Petition an den Reichstag, so wird nur eine neue Zeige-Debatte entstehen. Was wir aber den Verlust, alles zusammen zu fassen, so werden wir Erfolg haben.

Abg. Präsident (sonst) ist für Empfehlung der Petition zur Berücksichtigung. Reicht das Material, so liegt doch in der Petition die Erfahrung Tausender. (Zuruf von Sozialdemokraten: Ja, wir müssen doch das Material kriegen.)

Abg. Muggan (Freil. Volksp.): Wie soll denn die Gesetzgebung eingreifen? Simplicissimus und Jugend werden dieselben „besseren“ Leuten geleitet, damit sie hinterher über Unfruchtlichkeit der Blätter schimpfen können. Das Verbot der Novelpost-Romane wäre hier diskutierbar; aber daran ist das Zentrum stark engagiert. In diesen Romanen werden unter dem seltsamen Mantel die schändlichsten Unfruchtlichkeiten gelehrt.

Nach mehr als einwöchiger Debatte am 8. und 9. April ist die Abstimmung. Der Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung wurde mit 13 gegen 10 Stimmen angenommen. Dafür stimmten 11 konervative und Zentrum Abgeordnete sowie die Nationalliberalen Rimpaud (Wahlkreis Halberstadt) und Lehmann (Senz).

Die beiden Liberalen haben also die Entscheidung dafür gegeben, daß das deutsche Volk mit einer neuen lex Zeige beglückt werden soll, sonst wäre der Antrag mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden. Wie die Entscheidung im Plenum ausfallen wird, ist unbestimmt. Jedenfalls heißt es wieder, auf der Gut zu sein, damit nicht unter dem Vorwande, die Sittlichkeit solle geschützt werden, dem freien Geiste in Bild, Drama und Schrift die spanische Inquisition angedeutet werden. Das Zentrum und die Junker als Retter der Sittlichkeit! O je!

Tagesgeschichte.

Halle, 11. Februar.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm gestern die Novelle zur Reichsschuldenordnung in erster und zweiter Lesung an. Obwohl die Erörterung finanztechnischer Fragen, die die Debatte über den Entwurf beehrte, eine Vertiefung in der Budgetkommission recht gut vertragen hätte, legte die Mehrheit gegen die Stimmen unserer Fraktion und der freistimmigen Volkspartei die Ueberweisung der Vorlage an diese Kommission ab, um das Rotgefäß, das den Reichszugler ermächtigt, auch langfristige Schahenemissionen ohne Genehmigung des Reichstages zu erneuen, sofort in den sicheren Hafen zu bringen. In der Diskussion hatte Genosse Singer Anlaß, dem vollstwe-

schäftlichen Verständnis des Herrn Camp etwas aufzuheben, bei den kleinen Sparten des Herrn von Arnim'schen an den Reichspapieren mit Hilfe der Post, dieses Wädchens für alles, und ein wenig nach der Methode des Herrn Eberl fast erleichtern wollen.

Die Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern führte zum Kapitel des Reichsberufungsamtes, da der Etat des Patentamtes an die Berufungskommission gemittelt wurde. In die Kritik, zu der wir im Interesse der Betroffenen Satz im Jahr gewählt sind, teilten wir diesmal Genosse Wölke's an die Spitze der neu in den Reichstag gewählte Berliner Arbeiterfraktion Gen. A. B. K. r. e. von Pantow-Greifenhagen den Konjunkturabkommen hat. Vollenzucht verteidigte die Anwartschaft eines Referendats gegen die eigenständige Kritik der Berufungsgenossenschaften und trat für das Kapitalbedarfsverfahren ein. Die Hauptfache aber war ihm, die Mangelhaftigkeit der Unfallversicherungsbeschriften und ihrer Ueberwachung seitens der gewerblichen Berufungsgenossenschaften und das völlige Fehlen jeder Berufungsversicherung in den landwirtschaftlichen Betrieben trotz der stürzenden Sprache der von Jahr zu Jahr wachsenden Zahl schwerer Unfälle zu besprechen. Seine Angaben konnten von keiner Seite widerlegt werden. Er hat sich für ein festes In-Ausicht, daß im nächsten Jahre mit Unfallversicherungsbeschriften für die Landwirtschaft der Anfang gemacht werden solle. Genosse A. B. K. r. e. beschränkte die Rechtsprechung des Reichsberufungsamtes und zeigte an einer Reihe von Fällen, wie oft die Entscheidung einen befallenen Mangel sozialer Erkenntnis und sozialer Gefühlsvermögen. Außerdem meinte er auf die Abhängigkeit der Vertrauensverträge von den Berufungsgenossenschaften und auf die Benachteiligung der Vertreter der Arbeiter gegenüber den Unterebenenvertretern bei den Spruchprüfungen hin. — Von bürgerlicher Seite hatte Herr Dr. Spahn nur paritätische Schömer des Zentrums vortragen, dessen furchtliche Anklagen bei der Besprechung von Vordachen durch die Landesberufungsämter gegenüber dem proletarischen Anschlag zu kurz kommen sollten. Nur der Abg. v. Gerlach (Freil. Volksp.) schloß sich der sozialdemokratischen Kritik im wesentlichen an.

Wesphälischer Landtag.

Das Herrenhaus las gestern wieder einmal und wird heute noch eine Sitzung abhalten, um dann wieder längere Zeit zu pausieren. Gestrichelt wurden mehrere kleine Vorlagen, die meisten ohne jede Diskussion. Bei dem Gesetzentwurf, der eine einheitliche Regelung der Wechselprokuren für Preußen bezweckt, hielt der berühmte Rechtslehrer an der Berliner Universität, Professor D e r b u r g, eine Rede gegen die mittelalterliche, neidischweifige Institution des heutigen Wechselprokuren-Verfahrens. Das war das einzig Bemerkenswerte.

In Abgeordnetenhause wurde gestern endlich der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erwidert. Die am Mittwoch schon beinahe vierstündige Debatte über das Schulhaushalts von 1900 und die Schuldingen, die den Abzichten der Gesetzgebung daraus erwachsen, wurde noch eine Weile fortgesetzt.

Wem der Etat der Geschäftswirtschaft unterliegt, unterliegt man sich in gewohnter Weise lang und breit über die Förderung der Koll- und Marktumsicht. Unvollständiges Interesse erweckte aber eine Rede des Abg. K o p f, in der er auf die jäh im vorigen Jahre ausgiebig behandelte Frage der Lehrerbeziehungen an den Geschäftsschulen antrat. Herr Kopf führte von neuem über das Regiment des Landfallmeisters v. Oettingen Klage, was an der Hand zahlreicher Einzelfälle nach, daß diese schändliche Behandlung von Lehrern und Jungen aus dem Prozeß Mittel-Oettingen, die dem Herrn Landfallmeister mißliebiger waren, immer noch nicht aufgehört hat. Er besagte ferner, daß dem Beschluß des Abgeordnetenhauses auf Ueberführung der Geschäftsschulen in öffentliche Volksschulen immer noch nicht stattgegeben worden sei. Der Minister machte zum Frieden. Er nahm es Herrn Kopf hoch, daß dieser die Einzelheiten in Zitate nicht ruhen ließ, sondern durch die Aufzählung der Angelegenheit immer noch neuem Unfrieden sie. In der Sache aber versprach er doch, den von Herrn Kopf ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu tragen. Er will alles versuchen, um den Frieden wieder herzustellen, will die Schulumsicht über die Lehrer und alles, was mit der Schulzinspflicht zusammenhängt, der Schulabteilung bei der Regierung in Gumbinnen übertragen, auch in die Relation der bei den Geschäftsschulen neu angestellten Lehrer hineinziehen, daß er sich das Recht vorbehält, die Geschäftsschulen jederzeit in öffentliche Volksschulen überzuführen. Mehrwärtigerweise hat sich nämlich ein Teil der Lehrer an den Geschäftsschulen dieser Umwandlung widersetzt und der Minister meinte, gegen ihren Willen könnten diese Lehrer nicht in andere Verhältnisse gezwungen werden.

Heute geht die Debatte weiter. Außerdem steht der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung zur Beratung.

Die Unruhen in Deutsch-Südwestafrika.

Der Kommandant des Bataillon hat aus Swakopmund gemeldet, daß die Besatzung des Kanonenbootes dort die mit dem Dampfer Dornbach angekommenen Kriegsmannschaften wieder ausgefüllt ist, und daß er den Oberfeld über die Truppen an Land an Major v. Glatenapp abgeben hat.

Der Kommandant des Bataillons, Major v. Glatenapp, telegraphisch aus Swakopmund, daß einem Bericht zufolge ein Teil der Hereros bei Waterberg stehe, ein anderer Teil sich bei Gobabis versammelt habe und das Austreten des Viehes nach Westafrika habe. Major v. Glatenapp wird sich heute mit der Kommandant Hering und zwei Geschützen, zunächst mit Glatenapp, nach Omaruru-Wüste in Marsch setzen, um die besser betriebene Kompanie Franke gegen Waterberg verfügbar zu machen. Mit dem Rest der Expedition unter meiner Führung wird über Windhub gegen Gobabis vorgegangen werden. Gouverneur Zeitwein trifft am 12. hier ein. Das Sanitätskorps Bataillon bleibt zum Schutze der Eisenbahn an Land.

Unruhen in Kamerun? Nach einer telegraphischen Meldung des Gouverneurs von Kamerun ist der Leiter der Station N'djaba, Graf Bieder, im Kampfe mit Eingeborenen bei Bassio gefallen. Eine Strafexpedition befindet sich unterwegs. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Ein Wahlprotest gegen die Gültigkeit der Landtagswahl haben unter Parteigenossen im Wahlkreis Zelton-Beestom eingebracht. Sie begründen ihren Protest mit der ungesetzlichen Einberufung der Wahlmänner nach N'djaba statt nach N'djaba.

Der Staat als Arbeitgeber. Im Oberprokuraturbezirk Düsseldorf hat die Polizeiverwaltung seit zwei Jahren eine eigenartige Praxis eingeführt, indem sie einen großen Teil der Telegraphenarbeiter zwei bis drei Monate vollständig feiern läßt. Die Telegraphenarbeiter, Leute, die die Telefonleitungen legen oder in Ordnung halten, arbeiten in Kolonnen zusammen, und der Kolonnenführer ist Beamter, während die übrigen im Einzelnen arbeiten. Ein Teil der Kolonnen wird Anfang Januar und Anfang Februar aufgestellt und die Leute werden bis zum 1. April mit der Begründung entlassen, die Sommer, die im Etat ausgeworfen, sei verbraucht, folglich müsse die Arbeit bis Schluß des Staatjahres ruhen. Die Arbeiter, meist verheiratete Männer, werden so, ohne Aussicht irgendwo Beschäftigung zu erhalten, mitten im Winter auf die Straße gesetzt.

Ein Verfahren gegen Unbekannt ist aus Anlaß der Reichstagswahl eingeleitet. Die Gen. A. B. K. r. e. über die ruffische Kolonialpolitik gehalten hat, er wurde als Zeuge vor den Untersuchungsrichter geladen, um zu bekunden, welcher Preisgabe das Preisgefäß verleiht und wer den Genossen Novopavski zur Ausstellung falscher Papiere zu bestimmen beauftragt habe. Genosse Paule lehnte es ab, sich darüber auszulassen.

Wollen die Behörden Abhilfe schaffen, so müssen sie uns von der ruffischen Spitzelwirtschaft, die deutlich genug bezeugt ist, befreien. Wenn sie auch nur einen Teil der Energie, welche sie gegen deutsche Staatsangehörige, die dem Journalismus unangenehm sind, entwickeln, darauf verwenden wollten, das Spitzelunwesen zu erschöpfen, so brauchen sie gegen Unbekannt ein Verfahren nicht erst einzuleiten.

Janenspiegel in Deutschland. Die Dresdener Morgenpost meldet: Ein Russe, in dessen hiesiger Wohnung sich ab und zu mehrere Kollegen versammelten, um gemeinschaftlich zu lesen, wurde vor der Fortsetzung dieses staatsgefährlichen Unternehmens gewarnt. Falls noch einmal mehr als drei Personen in seiner Wohnung sich versammeln, habe er Hausungung zu gewärtigen. — Ob die Expletik auch hier eine Hausungung auf eigne Faust planen?

Wegen Kaiserbeleidigung begangen in truntem Zustand, war der Führer Polk in Nürnberg angeklagt. Die Strafammer sprach ihn aber frei, weil er in seinem Zustande die seine Beugerungen nicht verantwortlich gemacht werden konnte.

Militärjustiz. Schon wieder ist vom Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion ein hartes Urteil gefällt worden. Angeklagt wegen tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten war der Matrose Kranzfuß von der 5. Kompanie der 1. Matrosen-Eisflotte. Zur gleichen Zeit hat sich ein anderer Matrose derselben Kompanie wegen Ungehorsams zu verantworten. Kranzfuß wird befristet, am Abend des 30. Dez. in der Nähe der Kaserne den Feuerwerkermaschinen Schuld überlassen, zur Erde geworfen und erschlagen zu haben. Der Angriff ist erfolgt, nachdem der Obermaat ihn wegen seiner angeblichen Ungehörigkeit zur Rede gestellt hatte. Dem Angeklagten soll der Hauptschuldige bei dieser Gelegenheit zum Verharren im Ungehorsam veranlaßt haben. Das Gericht erachtet beide Angeklagte für schuldig. Gegen Kranzfuß wird auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 1 Monat 6 Wochen erkannt, weil das Gericht einen schweren Fall für vorliegend erachtet. Der andere Angeklagte wird zu 18 Tagen Mittelarrest verurteilt. Beantragt waren 4 Jahre Gefängnis bzw. 21 Tage strengen Arrest.

Er hatte den Schriftsteller dabei mit seiner angewohnen unerschütterlichen Ruhe angehoren, deren Geduld aber für den, der ihm näher kamte, durch ein ganz kleines Meereszeichen fraglich wurde.

Die beiden Herren waren nämlich mittlerweile in den ersten Saal getreten. Der laut Katze umhangelnde aus den Privatmächtern Dr. Durandast des Fürsten Arden enthielt, und der Baron hatte nicht wie sonst vor jeder Kuriositätenauslage den goldenen Kneifer auf die Nase gesetzt. Das er mit seinem langanläufigen Schritt, der immer mit der Umhüllung eines Vorbeiziehenden den Weg abzumessen schien, zwischen den Säulen hin und her zu sein, hat mich bei dieser Anordnung, ohne die an den Wänden hängenden alten Zirkelbilder und Zephyre sachmännlich zu prüfen, zeigte, daß ein Dorienisches Mittelstück zu schauen machte. Julian war indes zu weit gegangen, um nicht noch mehr sagen zu müssen.

„Nun denn“, fuhr er fort, „ohne wie Sie jetzt haben mit dem Grafen befreundet zu sein, hat mich bei dieser Anordnung, ordentlich eine Gänzlichkeits überlassen. Sie ahnt nicht, was die Gänzlichkeits auf Graf hat und wessen er fähig ist.“

„Gänzlichkeits? Auf wen soll er denn eifersüchtig sein?“ fragte Hafner. „Ach höre ja nicht zum erstenmal seinen Namen mit dem armen Grafen zusammenzusetzen, aber ich achte, daß ich diesen Erzählung ernstlich genommen habe und nicht geglaubt hätte, daß Sie, ein Hamburger Gast Ihres Hauses, ein Freund, ihm irgend welche Bedeutung schenken würden.“

„Verzeihen Sie sich nur, mein lieber Dorienne“, fuhr Hafner fort, „die einzige Frau, in die Graf verliebt ist, ist seine eigene, und er hat alle Veranlassung dazu. Die Gräfin ist eine vortreffliche Frau, auch in allem ganz freimütig. Sie interessiert sich für ihn mit ihrer angeborenen Warmherzigkeit, wie sie sich für Sie, für Mailand, für mich interessiert — für Sie, weil Sie so treffliche Bücher schreiben, für Mailand, weil er mal mit uns aller Meister, für Voleslav, weil er sich den Tod seines Erbgebers zu zu Herzen genommen hat, für mich, weil Sie, ein Hamburger Gast Ihres Hauses, ein Freund, ihm irgend welche Bedeutung schenken würden, Sie ist eine große, vornehme Frau.“

Die Gemütsruhe, wobei Hafner diese beachtenswerte Abhandlung vorgetragen, hatte Dorienne ebenso verflüchtigt als unangenehm berührt. Das er selbst kein Wort davon glaubte, wußte der Schriftsteller, der durch Graf's unartige Vertrauensverhältnisse über die Sitten der Venezianerinnen aufklären wollte, ganz genau. Der Baron war kein Mann, der sich ganz in den Augen freuen läßt. Zu jeder andern Zeit würde er die Schaulust des alten Praxitus bewundert haben, denn die Vorrichtung zu aus neuen Natur geworden war, daß er nicht einmal gehört haben wollte, wo er selber wußte als irgend jemand. In diesem Augenblick aber fand er diese Veranlassung, so freundlich zu sein, wie er sonst nicht zu sein, sehr ehrenhaft. Alles aufgebracht wurde, die des Verleumder, der ein Haus löst, und er vorachtem erweist hat. Er beklammerte daher seinen Schritt, so weit die Häufigkeit es zuließ, um nicht länger mit dem Baron allein zu sein und auch um die dritte Gesellschaft zu treffen. Sie traten aus dem ersten ins zweite, als Westfalenland besichtigten Gemach, dann in ein drittes, das seinem Namen nach einem Defensivbild des Berlin der Vaga führte, und schließlich in den vierten Saal, der nach den wunderbaren Wandzeichnungen, womit er geschmückt war, die „Sala degli Arca“ hieß. Nur vereinzelte Besucher trieben sich umher; die Zahlreizeit war schon zu weit vorgerückten für Fremde, und daß man sie sonderbarerweise zur Verteilung gemacht hätte, zeigte erinnernd von befreundendem daß oder geschickter Kriegslist alterer Wiedervertäuer, denn alle Herrlichkeiten dieses Valeses mußten lebt um die Hälfte des Wertes losgeschlagen werden, den sie ein paar Monate früher oder später gehabt haben würden. Durch die Veranlassung der Besichtigung wurde der Westfalen ins Abseits, Stiefeln, Kunstwerke aller Art, womit die großen Räume angefüllt waren, noch hervorgehoben. Der Baron hatte sich schließlich doch mit seinem berühmten Kneifer bemächtigt und machte Dorienne bald auf einen merkwürdigen Lehntuhl, bald auf einen Lehntuhl eines Wandregals oder eine dieser unheimlichen Ein- und zweifachen Bild geniet, die ihm zu vollkommen richtiger Schätzung, und wenn der Schriftsteller seine sonstige Beobachtungsgabe einfließen hätte, würde er aus der eingehenden

den Kenntnis, die Hafner vom Katalog hatte, wohl geschlossen haben, daß man ein so gründliches Studium nicht ohne bestimmte Nebenabsichten vornimmt.

„Hier sind ja wichtige Schätze aufgeschlüsselt“, sagte Hafner. „Sehen Sie doch nur diese zwei Schiffe mit gewöhnlichen Decken und dem mit Gold geböhnten gramefarbenen Grund — so etwas wird bestaunlich auch in China nicht mehr gemacht, die Kunst ist einfach verloren gegangen. Und als Gegenstück dieses altfährliche Lebenspaar mit Blumen! Diese spanisch-maurische Franzen — die wurde wohl aus Spanien mitgebracht, als der Kardinal Calagna, nachmals Urban VIII., in Madrid war, um Bus V. bei der Taufe der Infantin Isabella zu betreiben, als er saßen ja nie der Erzmünze an diesen Verhältnisse vorüber.“

„Leute“, fuhr er hinzu, „und das ist vielleicht auch. Ich würde jedenfalls irgendwo hängen bleiben, und der Witter Hofall, dem Pappino's schredliche Gläubiger diese Verleumdungen übertragen haben, hat überall Spione. Gilt man für zahlungsunfähig und sieht man sich irgend etwas näher an, was man nicht zu entschließen. Ich muß langsam in keiner Rufe stehen und habe mich nicht von dem Schatzkammer-Boden übrig über's Ohr lassen sollen.“

„aber halt! Da entbehre ich ja unsere Damen!“ Er war übrigens zu erwarten, daß wie sie hier finden würden.

„Büchlein — ob über Hofall, sich selbst oder seinen Gefährten? — wie er nach einem Felle, der aber über dem Eingang eines leitendsten gelehrten Raumes lag und diesen als „Zimmer der Buchstaben“ beschriftete. In der Zeit standen etwa fünfzig gemalte und reichsteuerte Truben, worin man selber in großen Säulern die Ausstattungen der Truber hera, an den Wänden einlaga. Die der Familie Calagna betätigten durch ihre Wandspendebild, was für Verbindungen der letzte von den Großenherren Urban VIII., der legte Franz Arden, durch den Bankrott seines ererbten Vermögens bloßstellte.“

(Fortsetzung folgt.)

Sens andere laute die Urteil gegen den wegen Mißhandlung, Beleidigung und vorverjährigter Beschuldigung in 13 Fällen angelegten Oberstaatsanwalt K. von der 2. Matrosen-Division. Der Angeklagte hat bei 4-5 von der Hälfte Zeit vom Banger haben in den Maß geschickt und sie dort eine halbe Stunde sitzen lassen, so daß der eine Signalpost, ein Gefährlich, gänzlich durchfallen und während wieder nach unten kam. Ferner hat der Angeklagte einen Oberstaatsanwalt beschuldigt, umfangreich vor sein Schimpfgeißel, das er gegen seine Untergebenen anwandte. Er sagte u. a.: Sie mühten mit der Spillpöle vor dem Schibel, geschlagen werden! Ich möchte, daß Sie kommen, stellen und das Genie bräuh! Säufig gefürchtet er die Kuchbräuh! Sie Mühschuh! Schimpf, ich schlage Sie tot! usw. Einen Untergebenen ließ er beim Stillstellen mit dem Gewehrstoßen auf den Fuß geschossen werden. Der genannte Oberstaatsanwalt ist erst durch die Beschwerde des gezeigten Oberstaatsanwaltes zur Kenntnis gelangt. Die Vorgesetzten des Angeklagten meinen, daß die Leute seiner Korporalschaft unbotmäßig und widerpenflich gewesen wären. Das Kriegsergebnis erachtete nur in 10 Fällen die Beschuldigungen für erwiesen. K. wurde deshalb zu 4 Wochen Mittelarrest verurteilt. Beantwortet waren 6 Wochen Mittelarrest. Dieses Urteil bildet wieder einmal einen schreienden Kontrast zu dem erst genannten.

Der vor einigen Tagen zu 8 Jahren Gefängnis verurteilte Matrose Wigheim hat gegen das Urteil rechtseitig Berufung eingelegt.

Ausland.

Italien. Ferri verurteilt. In dem Prozeß des Amiral's Besolo gegen den sozialistischen Deputierten Ferri und den Herausgeber des Monti wegen Verleumdungen wurde am Mittwoch nach 5tägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Ferri und der Herausgeber des Monti wurden zu 14 Monaten Gefängnis und zu 1562 Lire Geldstrafe verurteilt.

Für jeden, der Italien und seine künftigen Verhältnisse nicht kennt, wird durch das Urteil erwiesen sein, daß auch Italien ein Mittelreich ist und daß in den oberen Verwaltungsbehörden lauter Mütterchenchen arbeiten.

Aber, nur Italien kennt — — —

Holland. Eine Anzeige gegen den Marine-Matrosen-Verband hat der Offizier der Justiz (Staatsanwalt) zu Alkmaar erlassen. Er verlangt, daß dem Verband das Recht der juristischen Person aberkannt werde, weil in dem Verbandsorgan der Anter Artikel enthalten seien, worin auf ungesetzlichen Wege und mit unspendenden Mitteln vorgegangen werde, und die darauf gerichtet seien, die Erziehung den Vorgesetzten und der militärischen Autorität gegenüber zu untergraben.

Het Volk bemerkt hierzu u. a.: „Ein richtiger deutscher Mensch sollte sich für unehrenhafte Angelegenheiten nicht interessieren, sondern sich für die Wohlfahrt der Nation interessieren.“

Parlamentarisches.

Die Petitionskommission beschloß, eine Eingabe der Gerichtsbevollmächtigten keine weitere Folge zu geben, sondern dem Vizepräsidenten zur Inanspruchnahme zu empfehlen. Die Gerichtsbevollmächtigten wünschenswerth, daß die Beglaubigung von Abschriften für Terminladungen im Inland in Sachen der Gerichtsbevollmächtigten sein solle, da es vorkommen ist, daß für Fehler in den von ihnen nicht angefertigten Abschriften die Gerichtsbevollmächtigten haftbar gemacht worden sind. Ein weiterer Wunsch betraf die Abänderung der Gebührenordnung insofern, als auch bei Objekten von über 5000 Mk. eine weitere Steigerung des Gebührensatzes eintreten müßte. Ferner soll die Bau- und Gebührensatzung und jeder einzelne Akt bezahlt werden; auch für erfolglose Zuweisungen soll eine Gebühr in Anrechnung gebracht werden können. Endlich wurde in der Petition gewünscht, es möge die Vorschrift des Stempelgesetzes gemildert und für gewisse Fälle nachgelassen werden, daß eine entsprechende Erklärung genügen solle. Der Herr Kommissar erklärte, einige der Forderungen unterlägen der Landesgesetzlichen Regelung, für welche der Reichstag nicht zuständig ist; betreffs der anderen Wünsche finde die Regierung keinen Anlaß, eine Abänderung der bestehenden Bestimmungen eintreten zu lassen. Die Kommission trat dem bei und erlaubte auf Verlangen zur Tagesordnung. — Eine Petition auf Erhöhung des Ruhegehalts der vor dem 1. April 1897 pensionierten Beamten wurde der Regierung als Material überwiesen; die sämtlichen 18 Petitionen, über die außerdem noch verhandelt wurde, mußten für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt werden, weil entweder der Zusammenhang nicht angetreten oder doch nicht ersichtlich worden war, oder weil der Reichstag nicht zuständig war, oder weil Rechtsansprüche dem Reich nicht zur Seite standen, oder weil eine Rechtsverweisung nicht vorlag. Unzuständig ist der Reichstag namentlich dann, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, welche durch die Gesetzgebung oder die Verwaltung der einzelnen Bundesstaaten geregelt wird.

Die Hausdebatte entstand bei der Petition der Berliner Kreisstände, die eine neue Lexie forderte. Mit dem Verlauf dieser Debatte beschäftigt sich der Leitartikel vorliegender Nummer.

Der Krieg in Ostasien.

Vom eigentlichen Kriegsschauplatz sind am Donnerstag die Nachrichten nur spärlich eingegangen. Die wichtigsten Meldungen über Operationen der Japaner sind folgende: Die bei Fichimulpo gelandeten japanischen Truppen haben gemäß verschiedenen Mittermeldungen aus Tschu Szu bereits erreicht. Der Kaiser von Korea hat sich einer Zahl-Drohbriefe zufolge in den Schutz der französischen Gesandtschaft geflüchtet. Nach Telegrammen aus Tientsin haben die Franzosen eine Kompanie des 16. Infanterie-Regiments von dort zur Verstärkung der Gesandtschaftsvache nach Tschu beordert. In Tschu werden jetzt offizielle Nachrichten über die ersten Seeschliffe veröffentlicht. Danach ist vor Fichimulpo der russische Kreuzer Korajew zerstört und der große Kreuzer Warjag von den Japanern genommen worden. In Port Arthur sind zwei russische Panzerschiffe und ein Kreuzer durch japanische Torpedoböote zum Sinken gebracht. Die Schlacht bei Port Arthur dauert noch fort. Der japanische Verlust ist sehr gering. Zwei Dampfer der russischen freiwilligen Flotte, nämlich Salskij, Krasnaja, Wladi, Koffka, Wrogon und Alexander sind genommen. In Tschu haben alle Häuser geplündert. Die Kriegserklärung ist erfolgt.

In Tschu sind die Gesandtschaftsbeamten in ihren Kammern konfiskiert und Verstärkungen von Kriegsschiffen werden in Fichimulpo bereit gehalten. Der Postdienst ist unterbrochen,

ebenso der Telegraphendienst; mit Malampy nächst von Genoa ist alle Verbindung abgebrochen.

Eine Abteilung der japanischen Gesandtschaftsarmee besetzt den Palast des zur Zeit in Wollington weilenden zweiten Sohnes des Kaisers von Korea, dessen plötzliche Ankunft möglich erscheint. Der japanische Konjunkt ist durch Mittermeldungen verbunden, daß die Bevölkerung von Tschu sich ruhig verhalten möge. Niemand werde, was immer kommen möge, ein Leid erfahren.

Auf Seite der Russen ist auf Befehl des Zaren Admiral Wjerszen zum Oberkommandierenden aller Land- und Marine-Verbindungen ernannt, so daß das Gericht über die Abreise des Kriegsministers Katowitsch hinausgeht.

Nach verschiedenen Meldungen ist die Versorgung der russischen Truppen mit Vieh, Futtermittel und Proviant durch vorangegangene japanische Antfälle erschwert. 20 normale Schiffe sind zu Kohlentransporten von der russischen Regierung gechartert worden. Aus Moskau sind 72 Schnellfeuergeschütze, die in der Minute 38 Schüsse abgeben können, nach dem Kriegsschauplatz unterwegs. Von Petersburg gingen 300 Lokomotiven für die transsibirische und Transbaikalbahnen aus. In Wladiwostok hätten sich nach Berichten, die durch das 2500 japanische Fischkähne an Bord führende, von der japanischen Regierung gemietete Schiff Arbi nach Tokio gelangt sind, die Russen die größten Mittermeldungen gegen die Japaner zu erhalten kommen lassen.

Die Niederlagen der Russen in Korea haben dazu zu treiben, nach englischen Mitter mit Kinnemächtern zu arbeiten. So wird die gehen von Petersburg aus verbreitete Nachricht, die russische Flotte habe 11 japanische Schiffe fest gehalten, durch nicht bestätigt. Nach einer in Paris eingetroffenen Meldung aus russischer Quelle sollen die Japaner am Jalufluß eine vollständige Niederlage erlitten haben, wodurch die Russen wieder in den Besitz von Tschumulpo gelangt seien. Auch diese Nachricht wird durch nicht bestätigt. Den russischen Mitternachrichten kommt es anscheinend darauf an, dem eigenen Volke und dem französischen Bundesgenossen die Stimmung nicht zu verderben. —

Wachsende Meldungen kommen aus China. Aus Anantung treffen Nachrichten ein, daß 10 000 bewaffnete Chinesen, die unzufrieden als Reitertruppen anerkannt werden, im Distrikt operieren. Man vermutet, sie würden, sobald sie von den russischen Niederlagen gehört haben, die Eisenbahnen nachkommen angreifen, und Krieg und Anarchie würden in der Provinz herrschen. —

Ueber die Stellung der anderen Mächte wird gemeldet:

Im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Krieg wird aus London berichtet, daß die japanische Regierung mit einem Londoner Kampfer-Importeur eine Vereinbarung getroffen habe, welche eine Monopolisierung der gelanten Kampfer-Industrie gleichkomme. Die Händler sind daher nicht in der Lage, ihren Bedarf zu decken. Auch die Cellulose-Industrie wird dadurch schwer in Mitleidenschaft gezogen. Mehrere Fabriken haben bereits den Betrieb eingestellt.

Das holländische Staatsblatt verhandelt gestern die offizielle Neutralitätsklärung Hollands hinsichtlich der beiden, mit Holland befreundeten kriegführenden Mächte. — Wie das Vaterland mittelt, sind die Einwohner von Niederländisch-Indien angezogen, alles zu vermeiden, was diese Neutralität verletzen könnte. In zweifelhaften Fällen entscheiden die lokalen Behörden. So hat z. B. der Gouverneur von Antsch zu beschließen, ob und in welchen Fällen Stollen in Sabang an Schiffe der kriegführenden Mächte geliefert werden dürfen.

Gemeindezeitung.

O. Weiskensfeld. Finanzpolitik und anderes. Man sollte es nicht für möglich halten, welche sparame und weise Finanzpolitik unsere Stadtverwaltung befehrt. Etwas dagegen zu sagen, ist ja nur maßlose Verleumdung und Verheerung der Sozialdemokratie, wie sich unsere bürgerlichen Flugblätter bei der letzten Stadtordeordneten-Wahl so geschmacklos ausdrückten. Es ließ an einer Stelle: Nieder mit der Sozialdemokratie, daß die Verwaltung der Bürger sein, welche noch Sinn für ein ordnungsmäßiges Geschäftsgang im Stadtparlament haben. Und der Himmelstag glückte. Mit Hilfe des Druckes auf alle abhängigen Wähler erhielten wir wieder eine Stadterverteilung, die vollkommen zeigt, wie sie nicht sein soll. Hier einen Beweis von dem ordnungsmäßigen Geschäftsgang im Stadtparlament. Es war am 3. Februar in der letzten Stadtordeordneten-Verammlung, als man beim 2. Punkt der Tagesordnung sich mit dem Haushaltungsplan der Kammerverwaltung pro 1904 beschäftigte. Wohl wurden von vornherein Bedenken laut, ob es möglich ist, die Staats-Veratungen in einer Sitzung erledigen zu können, dem wurde aber entgegengehalten, daß beide Kommissionen sich sehr eingehend damit beschäftigt hätten. Nur der Stadtordeordneten-Vorsteher tadelt, daß die Verwaltung äußerlich sparsam gehalten ist, wurde von vornherein herangezogen. Er schloß in Einmütigkeit und Ausgabe ab mit 788 750 Mk. ab, das sind 42 770 Mk. mehr als im Vorjahre. Die Steuern, 177 Pro, Büchling zur haaltlichen Einkommensteuer, 198 Pro, Meistener und 150 Pro, Betriebssteuern, bleiben in gleicher Höhe. Beim Ziel Gehälter der Unterbeamten zeigte sich die Sparamkeit, indem man dem Polizei-Wachmeister Westmeier 100 Mk. von seinem 1650 Mk. jährlich betragenden Gehalt abstrich. Die Tätigkeit und Fähigkeit dieses Beamten wurde aber hoch geschätzt, trotzdem die Gehalts-Reduzierung. Hauptächlich wurde dies damit begründet, daß die Stadt durch den verlorenen Prozeß, wonach die von der Regierungseits angeordnete Aufhebung der Unterbeamten, die über 2000 Reichsmarkern der Unterbeamten gezungen sei. Weitere Reduzierungen der Unterbeamten-Gehälter entgingen mit knapper Not dem gleichen Schicksal.

Weniger aus Sparamkeit, jedenfalls mit mehr Rücksicht auf die große Notlage unserer Arbeiter, wurden zunächst für den Stadtbaumeister Wengens 300 Mk. persönliche Zulage mit Rücksicht auf seine langjährige Tätigkeit beantragt und auch bewilligt. Gegenwärtig beträgt nach dem letzten Haushaltsplan dessen Gehalt 4575 Mk. Ebenfalls dem zweiten Bürgermeister Bischoff, sowie dem Stadtrat Kranje je 300 Mk. persönliche Zulage zu gewähren wurde beantragt und warm bewilligt. Beim zweiten Bürgermeister, dessen Gehalt 4200 Mk. beträgt und der erst über ein Jahr hier ist, war seine Verheiratung, zu der auch schon aus dem Stadtblatt ein Gehalt gewährt wurde, maßgebend. Ferner soll er in Anwesenheit sehr tüchtig sein. In dies verheiratet oder verheiratet ist, war nicht zu erfahren. Endlich sollte dies zur Notwendigkeit geworden sein deshalb, weil es doch nicht angiehe, daß der Vorgesetzte des Stadtbaumeisters weniger Gehalt beziehe als jener. Solche Gründe als maßgebend zu betrachten, ist sehr wie naiv. Der Gehaltserschöpfung des ersten Bürgermeisters von 6000 auf 7000 Mk. wurde zugestimmt, obwohl man es nur mit einer Person zu tun hatte, hier deshalb, weil eine Verheiratung erfolgt ist. Warum sollte denn nicht auch hierzu ein Grund gefunden werden. Und endlich soll die Abtugung von den Vorge-

legten durch die Höhe des Gehalts erzeugt werden, dabei stellt sich heraus, daß schon bis jetzt der Gehalt des Wengens 4575 Mk. der zweite Bürgermeister Bischoff 4200 Mk. jährigen Gehalt bezog. Demnach muß bis jetzt die Abtugung von dem Vorgesetzten sehr gelitten haben. Aber solche Erörterungen in der öffentlichen Sitzung, nein, das geht doch nicht, darüber erregte sich der Stadtordeordnete Junge gang besonders und der Stadtordeordnete-Vorsteher Geyland, dem dies auch schon längst unangenehm war, regte an, doch den Antrag zu stellen, die Öffentlichkeit auszuschließen. Beilagt, getan. Witten in der Beratung wurde der Beschluß gefasst, die Öffentlichkeit wurde ausgeschlossen. Es wurde eben zu schön. — Natürlich wurde dieser Beschluß einstimmig gefasst. — Staatsberatung in geheimes Sitzung, so liegt der Sinn für ordnungsmäßigen Geschäftsgang in unserer Stadtparlamenten aus. Die als rückgratfeste Charakter gezeichneten, eben eingeführten neuen Stadtordeordneten, haben damit eine Probe abgelegt.

Gerichtsaaal.

Strassamer.

Salle, 10. Februar.

Vorsitzender: Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Delbrück.

Ein eigentümliches Verfahren war gegen den Arbeiter Friedrich Kraemohly eingeleitet worden. Er sollte ein Vergehen vom Jahre 1899 übertritten haben, weil er am 1. Oktober v. J. eine Wohnung bezogen hatte, die polizeilich nicht abgenommen war. Der Angeklagte habe jahrelang gehandelt, weil er sich vor dem Bezieren der Wohnung nicht habe begeben, ob der Neubau abgenommen sei, vorlegen lassen. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, da er habe annehmen können, es hat eine Abnahme des Neubaus stattgefunden, weil der Vermieter ihn die Wohnung unentgeltlich bezogen lieg. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, und der Staatsanwalt beantragte heute, sich auf eine Entscheidung des Kammergerichts stützen, gegen R. 3 Mk. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft. Das Gericht verwarf aber die Berufung des Staatsanwaltes und sprach den Angeklagten aus dem Schöffengericht angeklagten Gründen frei.

Erfolg mit seiner Berufung hatte der Staatsanwalt in der Sache der verheirateten Arbeiterin Josefine Verm und des Handwerks Marie Böhm aus Grotzenhainichen. Die Frau Böhm eine verheiratete Person, die auch eigenes Handwerk betreibt, ist in der Nacht vom 24. Oktober v. J. als Arbeiterin der Frau Verm von dem Felde eines Mühlenbetriebes zwei Sach Mähen entwendet haben. Das dortige Schöffengericht verurteilte die W. wegen ihrer Verurteilung zu 3 Wochen und die B., weil sie eine verheiratete Person ist, ebenfalls zu 3 Wochen Haft. Beide Angeklagte haben um mildere Strafe, Frau S., besonders um eine Geldstrafe, die sie schon bezogen hat, als Kontingenz verweigert auf die Berufung der Angeklagten und erhöhte die Strafe der B. auf 5 Wochen und die der S. auf 4 Wochen Haft.

Wegen Uebertretung der Gefinbestimmung war die Arbeiterin Frau W. in die Haft eingekerkert worden, am 15. M. des Monats 8 Tagen Haft verurteilt worden, weil sie das Dienstmädchen Anna Müller angenommen hat, bevor dasselbe einen Ausweis darüber erbracht hatte, ob es aus dem vorhergehenden Dienst ordnungsmäßig entlassen worden ist. Die Angeklagte hatte dagegen eingewandt, sie habe die W. nicht als landwirtschaftliche Arbeiterin angenommen. Das Schöffengericht nahm aber an, daß wohl ein Dienstverhältnis bestanden habe, da die W. Kost und Logis im Hause der Angeklagten erhalten hat. Die Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein, und die Frau W. befand heute, daß sie bei den Angeklagten nur um Arbeit nachgehrt, und letztere ihr verprochen habe, sie bis zum 1. März als landwirtschaftliche Arbeiterin und von da ab als Dienstmädchen zu beschäftigen. Nach diesen Darlegungen wurde das erste Urteil aufgehoben und die Angeklagte freigesprochen.

An die Arbeiterschaft von Mühlberg a. E.

Ein wahrhaft niederträchtiges Geschäft befehrt jedem denkenden Arbeiter, wenn er gelegentlich die Wohnung eines Bekannten, eines anderen Arbeiters betritt, und dort statt des Arbeiterblattes irgend eine konervative oder liberale Zeitung vorfindet. Es scheint fast, als bestien diese Arbeiter die gegenwärtigen Zeitungen für qualitativ besser als unsere Parteizeitungen. In Wirklichkeit sind nichts weiter als tonnenhohe Grundstücke hier maßgebend. Man hat sich an den Eilboten so gewöhnt, daß man ohne ihn nicht schlafen zu können vermeint. Einige andere finden auch wieder Wohlgefallen an der Berliner Morgenzeitung, weil die Frau schließlich mit Verehrungsgeschichten und schmerzliche Nachrichten liefert. Der Mann ist schon genug, um eine andere Geschmacksrichtung nicht erzeugen zu können. So liegen die Dinge in Mühlberg. Von den 238 sozialdemokratischen Wählern lesen nur circa 40 das Volksblatt. Es ist richtig, das Volksblatt kostet monatlich 25 Pf. mehr als das hiesige Lokalblatt. Doch diese 25 Pf. lassen sich fast aus dem Wapler herauszahlen. Wenn man bedenkt, der Eilbote erreicht höchstens zweimal wöchentlich, wohingegen das Volksblatt jedesmal mindestens absteigend erscheint. Und dann die Hauptfrage: Der Inhalt des Volksblattes auf zwei Seiten bringt mehr Belvedere für den denkenden Arbeiter als zehn Seiten von den kleinräubigen Kreisblättern. In ersterem Sinne Zeile, wo nicht die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten werden. In den gemerkten Blättern finden die Arbeiter nur dann Erwähnung, wenn ihnen ein ausgenutzt werden soll. Diese Verhältnisse müßten jedem Arbeiter, der noch andere als Arbeiterblätter durch sein Abonnement unterstützt, die Schamrote ins Gesicht treten.

Sagt die konervative denkenden Strohgrammbeißer und Unternehmer sowie Beamten ihre konventionellen Zeitungen unterstützen, laßt die vermeintlich freijünglichen Handwerks-Meister und Gewerbetreibenden ihre Morgenzeitungen lesen, Ihr Arbeiter handelt nur Flug, wenn Ihr Euch der Arbeiterpartei anschließt und Eure Arbeiterpartei bezahlt, das heißt, in Mühlberg das sozialdemokratische Volksblatt für Halle u. l. w. abonniert. So wenig es vorkommt, daß ein konventioneller Wähler eine sozialdemokratische Zeitung liest, ebenso wenig sollte es vorkommen, daß ein sozialdemokratischer Arbeiter ein konventionelles oder freijüngliches Blatt abonniert. Darum nochmals: Werbet Abonnement des Volksblattes.

An die Leser des Volksblattes!

In der letzten Verammlung des Arbeiter-Vereins wurde u. a. auch die Zeitungskommission neu gewählt. Diefelbe besteht nun aus den Genossen C. Winkler, M. Wollfuß, D. Thomas, S. Thomas und S. Schreiber. Alle Mitglieder werden u. a. das Volksblatt betreffend, und in den Vorarbeiten der Kommission, Gen. Otto Thomas, Lindenstraße 299, zu richten. Bestellungen auf das Volksblatt und andere Parteipublikation nimmt nach wie vor der Expedient Gen. M. Mühlberg, Himmelreichstraße, entgegen.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Dammia in Halle.

Schneiderei-Artikel,

Kurzwaren — Stickereien — Knöpfe — Bänder.
Neuheiten in Spitzen und Posamenten
in grosser Auswahl, zu ausserordentlich billigen Preisen.
Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstrasse 22/23.

Bitterfeld.

Sonntag den 14. Februar nachmittags 3 1/2 Uhr in Delgners Lokal
öffentliche Volksversammlung.

Vortrag des Arbeiterreferenten M. Goldenberg. Falle: Das Unfallversicherungsgesetz, an zahlreichen Erfahrungen und Entscheidungen aus der Praxis gemeinverständlich erläutert.

Das Erscheinen aller Arbeiter und Frauen ist dringend erwünscht.
Zur Deckung der Tageskosten wird ein Entree von 10 Pf. erhoben.

Merseburg.

Sonntag den 14. Februar nachmittags 3 Uhr in der „Finkenburg“
Volksversammlung.

Tagesordnung: Die wirtschaftlichen Kämpfe im Jahre 1903.
Referent: Genosse Heider, Magdeburg.
Zahlreiches Erscheinen der Genossen aus allen Gewerkschaften wird erwartet.
Der Einberufer.

Metallarbeiter-Verband

Sonabend den 13. Febr. abends 7 1/2 Uhr in Faulmanns Restaurant
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Deumer über Streik oder Genossenschaft. 2. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen erucht Die Ortsverwaltung.
BN. Sonntag den 14. Februar abends 7 Uhr Unterhaltungsabend im Verbandslokal.

Allgem. Konjumverein f. Mühlberg a. G. u. U.

Sonntag den 21. Februar nachm. 3 1/2 Uhr im Elbischloß-Restaurant
General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das erste Quartal. 2. Errichtung einer Filiale in Coschdorf. 3. Anträge.
Bernhard Köhler, Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Berband d. Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen. Halle-Nord.

Sonabend den 13. Februar im Saale zur „Wilhelmshöhe“
Narren-Kränzchen.

Anfang 8 1/2 Uhr bis früh. Genossen und Freunde willkommen.
Das Komitee.

Athletenklub Eiche, Halle.

Unser Maskenball
findet Sonntag den 13. Februar von 8 Uhr an in den fest geschmückten Räumen von Freyberg Garten statt.
Freunde und Gönner herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Sängerver. Lyra, Weissenfels.

Unser Ball
findet Sonntag den 14. Februar von nachmittags 3 1/2 Uhr in Stadt Naumburg statt.
Abends während der Pause: Komische Vorträge.
Der Vorstand.

Gasthof zum grünen Baum, Teuchern.

Montag den 15. Februar
großes humoristisches Konzert
ausgeführt von der Gruppe des Charakterhumoristen Herrn Strzelewicz, Berlin.
Anfang abends 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Ein genußreichen Abend versprechend, ladet höflich ein
Theodor Kuhlblank.

Dianasaal Aue-Zeit

Sonntag den 14. Februar abends 7 Uhr
großes humoristisches Gesangs-Konzert,
ausgeführt von Arbeiter-Gesangerein Aue-Zeit.
Einem genußreichen Abend versprechend ladet freundlich ein
Hermann Köhler.

Wurst- und Fleischwaren-Fabrik von Ernst Hoinkis

Leipzigerstraße 15 Halle a. S. Fernruf Nr. 1038
empfehlen täglich frisch gef. Schinken, div. Braten, gefoch. Junge, alle Sorten feiner Montanen, Gänseleber, Trüffel u. Sardellenleberturke, ital. Salat, Weinsülze, Süßholzwurst, sowie alle weiteren Würste und Fleischwaren. Spezialität: feinsten Aufschnitt, garnierte Schüsseln in jeder Preislage, täglich frische Wiener und Jauerische Würstchen, Dresdener Knoblauch-Wurst.

Extrageschenk

H. Elkan

Leipzigerstr. 87.
Billigstes u. grösstes
Kaufhaus
der Stadt Halle



Konfirmanden-Anzüge

in größter Auswahl, guten Stoffen u. garantiert schöner Passform in 10 Ansatzen v. 9.50 R. an, 12 — Rl., 13.25 Rl., 15. — Rl., 17. — Rl. bis zu den feinsten 20. — Rl.
Jeder bei mir gekaufte fertige Anzug sitzt genau wie nach Maß gearbeitet.

Stofflager

zu Bestellungen nach Maß unter Garantie guten Sitzes mit billiger Preisstellung.
Feiner großes Lager in: Konfirmanden - Anzügen, Wäsche, Chemisette, Stiefelletten u. Stiefeln.
Jeder Konfirmand erhält ein Extrageschenk.

Kaufhaus I. Ranges

H. Elkan

Leipzigerstr. 87.

Bei Einkauf von 5 Mark an erhält jeder Käufer ein

Extrageschenk



Stadt Freiberg.

Gente Sonnabend
Familien- und Narrenabend.
Dozierl. Speisfischen und frische Pfannkuchen.
Es ladet freundlich ein
Gustav Höser.

Wurst billiger.

Von heute ab verlaufe:
Scherswurst . . . pro Pfund 60 Pf.
Rotwurst . . . 60
Schwarzwurst . . . 60
Nappfüße . . . 60
Speck . . . 60
Schmeer . . . 60
Wurstfabrik Gustav Koegel
Inh. Paul & Otto Koegel
Große Steinstraße 22.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Halle die ergebene Mitteilung, daß ich von heute ab die
Kohlen- und Kartoffel-Handlung
Glauchauerstraße 37
übernommen habe und werde Aufträge zur vollsten Zufriedenheit der Kundschaft ausführen. Briefe bis im Laufe a. Jänner 65 Pf.
Außerdem verlaufe ich noch **Alter Markt 11**, Standes Keller, sämtliche **Wittalien** wie mein Vorgänger zu den billigsten Preisen.
Berte Bestellungen erbittet **Glauchauerstr. 37 u. Alter Markt 11**,
Hochachtung
Johann Gottschalk.

Karnevals-Mützen.

Eigenes Fabrikat. Billigst.
K. W. Schmeil
(früher Taubenstraße 4.) Halle a. S. Neue Jakobstraße 60 (am Steinweg).

E. Klars Masken-Verleih-Institut

Geißstraße 3
empfehlen
flotte Masken-Anzüge
f. Damen u. Herren zu billigsten Preisen.

Konfirmanden-Anzüge.

Enorme Auswahl. — Außerst billige Preise.
Konfirmanden-Anzüge in Gebot, schwarz von 9 R. an.
Konfirmanden-Anzüge in Gebe-Blaue, von 12 R. an.
Konfirmanden-Anzüge in Kammer, elegant von 14 R. an.
Konfirmanden-Anzüge in Kammer, hochfein, von 16 R. an.
Herren-Jacket-Anzüge, das neueste der Saison, von 10 R. an.
Herren-Rock-Anzüge in Kammer, 1. u. 2. Reihe, von 16 R. an.
Eleg. Würtchen-Anstabenanzüge in all. Stoffen u. Fracans 3 R. an.
Elegante Hosen in allen Größen und Stoffen von 3 R. an.
Verderhosen in all. Farb. v. 12 — an Arbeits-Jackets von 12 R. an
Schwere Lederhosen 4.50 Heller, Verhosen
Rancherhosen 3. — Planen u. Ralmischaden 3
Journ- u. Kaffeehosen 1.50 Bergmanns-Jaden in Pilot.
Monteur-Anzüge in Leinen und Pilot von 12 R. an.
Verkaufsstelle des Allgem. u. Giechigen Konsumvereins.
Marktplatz **Gustav Reinsch** gegenüber der
im Roten Turm. **Gustav Reinsch** gegenüber der
Girsch-Apothete.

Illustrierte März-Zeitung 1904.

Zum März erscheint in unserem Verlage eine
Vierzig Jahre sind im August dieses Jahres verfloßen, seit Ferdinand Lassalle der deutsche Arbeiterbewegung den Weg gebahnt hat. Die Bedeutung Lassalles will unsere diesjährige März-Zeitung erinnern durch eine Wiederabgabe eines bisher noch nicht veröffentlichten Vortrags Lassalles, nach einer Zeichnung von V. Pletsch und durch einen Artikel: „Lassalle und die Revolution“ von Rosa Luxemburg.
Unsere März-Zeitung soll aber auch noch denken, die durch Wort und Bild der Arbeiter eine Gasse bahnen. Der Titelbild zeigt einen neuen Winterfried, wie er mit unwiderstehlicher Kraft der Feinde Langen zerklüftet. Den größten Beifall unserer Genossen wird aber das Mittelbild finden; eine vorzüglich gelungene Wiederabgabe des Delgemildes aus dem Pariser Louvre: **Rouget de L'Isle trägt zum 1ten Mal die Marfellaife vor.**
An wertigen Beiträgen nennen wir noch: „Wir kämpfen dem Reue entgegen“, Gedicht u. E. Kresowicki. — „Revolutionenlegenden“ v. A. Conrady. „Revolution und Kunst“ von S. Ströbel.
Die März-Zeitung wird außerdem durch künstlerisch ausgeführte Signetten belebt, so daß sie als schönes Kunstblatt die Agitation fördern und unsere Ideen in weitere Kreise tragen wird.
NB. Um schnell und pünktlich liefern zu können, werden die Expedienten und Austräger erucht, bis spätestens 20. Febr. ihren ungefähren Bedarf anzugeben.
Die Volksbuchhandlung, Geißstraße 21.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung. Donnerstag, 11. Februar 1904, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratspräsidenten: Frhr. v. Stengel, Graf Polakowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung einer Novelle zur

Reichsfinanzordnung.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Durch die Vorlage soll der Reichsfiskus ermächtigt werden, Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen zu befreieren und Genehmigung des Reichstages einzulösen. Es handelt sich darum, eine Umkehr der Reichsfinanzordnung zu bewirken.

Abg. Köpcke (Frei. Volksp.): Wenn man dem Reichsfiskus das Recht gibt, auch langfristige Schuldverdreihungen ohne weiteres zu erneuern, wird die endende Schuld vermindert und das Ausgabe-Bemessungsvermögen der Reichstages geschmälert. (Sehr richtig! links.) Ich beantrage Überweisung an die Budgetkommission.

Die Abg. Dr. Spahn (Zentr.), Dr. Baasche (natl.) und v. Pörmann (sonn.) treten für sofortige Bewilligung der Vorlage im Plenum ein, die Abg. Döbe (Frei. Volksp.) und Strömbel (Zentr.) für Kommissionsberatung.

Abg. Gamp (Zentr.) erhebt den Reichstagspräsidenten vor der Begebung der Schatzanweisungen in Zukunft ganz abzuschieben, da diese immer einen niedrigeren Kurs hätten als die Reichsbanknoten. Im Interesse der kleinen Sparers empfiehlt sich die Verlegung der Banknoten in einem Stücke zu etwa 100-200 Mark der Erwerb dieser Anteile sollte durch Vermittlung der Post möglich sein.

Abg. Singer (Soz.): Ich halte doch Kommissionsberatung zur Klärung der mit dem Entwurf zusammenhängenden Fragen für geboten. Zeit wird dadurch nicht verloren werden; im Gegenteil, die Beratungsverhandlungen werden dadurch entlastet werden. Die Vorlage selbst bietet zu Beratungen keinen Anlass; sie ist ein Notbehelf. Herr Gamp hat von den Bedürfnissen der kleinen Sparers ganz falsche Anschauungen. Diese Leute wollen ein für die Zeit der Not jederzeit flüssiges Kapital zur Verfügung haben. Sie sind nicht imstande zum Erwerb größerer Werte. Sollen wir den Umfang der englischen Bonds-Schares (20 Mark-Aktien) auch bei uns in Deutschland einführen? Die Post-Aktien sind jetzt schon in einer Menge von Dingen überlastet, die nicht zu ihren Aufgaben gehören, nun will Herr Gamp sie gar noch zu Bank-Aktien oder Warenaktien machen. (Sehr richtig.) Am liebsten möchte Herr Gamp wohl Herrn Ederl mit dem Betrieb der Reichsanleihe betrauen. (Sehrbste Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gamp (Reisep.): Herr Singer war wohl so lange aus Deutschland abwesend, daß er die deutschen Verhältnisse nicht mehr genau kennt. (Sehr richtig.) Im Deutschen Reich wird mehr gepart als anderswo. Mit der Vereinfachungstheorie des Abg. Singer ist es da nicht.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freiwiliger sowie des Abg. Strömbel (Zentrum) angenommen und die Vorlage sofort in zweiter Beratung debattellos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Etats des Jahres.

Beim Kapitel Reichsgesundheitsamt wird eine Resolution der Freiwiliger angenommen, wonach der Entwurf des Etats für die Jahre 1904 bis 1906 in der nächsten Sitzung erörtert werden soll, das nun vorgeschriebene praktische Jahr verlassen wird. Das Kapitel "Patentamt" wird auf Antrag des Abg. Pauli (sonn.) an die Budgetkommission verwiesen.

Reichsversicherungsamt

Abg. Dr. Ruegenberg (Zentrum) die Vorwürfe gegen gewisse Köhler-Steuererträge antwortet und bedauert die ehrenhaften Köhler Kollegen um so mehr, als die Vorstände ihnen ehrenvoll die Verantwortung hätten, moralisch minderwertige Elemente nicht anzunehmen.

Abg. Wolfenbühl (Soz.): Ich hätte erwartet, daß der Vorredner die Förderung der freien Arztwahl auch für die Berufsangehörigen aufgestellt hätte, aber gegenüber den Herrn Kommissionsmitgliedern haben die Ärzte nicht den Mut dazu. Und gerade hier müßte das System der Vertrauensärzte am besten funktionieren. Die 34 des Unfallversicherungs-Gesetzes, der einen erhöhten Arbeitsfonds vorzuziehen, sind die Unternehmern Sturm gelaufen. Wenn die 71 Millionen Mark Rente, die im Jahre 1902 gezahlt wurden, durch Kapital gedeckt sein sollten, müßten die Berufsangehörigen einen Arbeitsfonds von 570 Millionen Mark haben; statt dessen verfügen sie nur

über 162 Millionen Mark. Der Rest, den die Zukunft der Gegenwart damit gewährt, wird kühn gefordert werden. Man kann dieses Risiko von 400 Millionen nicht den neubegründeten Gesellschaften mit aufbürden. Auch für die Vereinigung der 3 Berufsvereinigungen ist die geringe Mitgliedschaft, die in der Umfassung, daß die Unfallversicherung nur Krüppel und Waisen mitbringt, die erachtet werden müssen, ein schweres Hindernis. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, die das Kapital-Belegungsverfahren hat, erhebt bei der doppelten Zahl der Unfälle eine nur unbedeutend höhere Rente als die anderen gewerblichen Berufsvereinigungen. Wenn die Berufsgenossenschaft angenommen hätte, so müßten nicht nur die Zahl der Vorkommnisse, sondern auch die der Todesfälle abnehmen, aber heute gehen viele Berufsvereinigungen die Vollrente überhaupt nicht mehr. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung muß viel mehr geschehen, denn die Rente von den verletzten Genossen, die verlorenen Vater der Familie ersetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nach viel schlechter als die gewerblichen, forgen die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen für die Unfallversicherung. In Preußen und den anderen großen Bundesstaaten ist nicht ein Versicherungsbeamter dafür vorhanden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade hier zeigt es sich, wie es mit der gerühmten Königstraße unter Anarier steht. Der Kaiser hat sich seiner Zeit im Landesnomine-Kollegium energisch für die Notwendigkeit von Unfallversicherungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich ausgesprochen. Man kann sagen, daß die Unfallfälle von 1889 bis 1902 um 1952 Prozent in landwirtschaftlichen Betrieben; 1902 war aber die Zahl auf 122 332 angewachsen. Sie hätte sich also mehr als verdoppelt. (Sehrbste Heiterkeit! Heiter! bei den Soz.) Die Zahl der schweren Unfälle in der Landwirtschaft ist in derselben Zeit von 6300 auf 17 000 gewachsen und die Zahl der Toten hat sich verdoppelt. (Sehrbste Heiterkeit! Heiter! bei den Soz.) So belohnen Sie nach rechts den Wunsch des Kaisers. Sie treten in offene Rebellion gegen seine Anstalt, wenn Sie ihnen unbedeutend ist, Sie kümmern sich den Teil darum. (Sehrbste Zustimmung! bei den Soz.) Es muß endlich für Unfallversicherungsvorschriften für landwirtschaftliche Betriebe sorgen. In den letzten Jahren sind in der Landwirtschaft 17 266 schwere Unfälle weiblicher Arbeiter vorgekommen, in der Industrie nur 2015. Allerdings beschäftigt die Landwirtschaft mehr weibliche Arbeiter als die Industrie. Es kommt aber in der Landwirtschaft auf je 10 weibliche Arbeiter ein Unfallschicksal, in der Industrie auf je 45 weibliche Arbeiter. Derselben Erscheinung zeigen sich in den statistischen Vertrieben der Land- und Forstwirtschaft. Der Justizminister hat den Kampf gegen Konstitutionsrecht und Unfallversicherungs-Gesetz mit. Deshalb muß die Reichsversicherungsamt so bald wie möglich den 130 des Unfallversicherungs-Gesetzes ausgeben anwenden durch Ertrag weiblicher Unfallversicherungs-Berichte für die Landwirtschaft und durch Überweisung der Betriebe. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schmidt-Greif (Frei. Volksp.) verteidigt das Kapitalbedarfsverfahren gegen die demagogische Kritik durch die Berufsvereinigungen und den Berufsvereinigungenstand in Preußen. Dieses Verfahren gebe die einzige Sicherheit für den Mittelstand und das Kleinvermögen gegen fiktive Belastung.

Abg. v. Gerlach (Frei. Volksp.) bringt einen Fall zur Sprache, in dem die Eisenbahnverwaltung Berlin einem Rangierer, dem beide Hände abgehauen waren, die Hilflosenrente verweigert wurde, weil er abgehauen von den Folgen des Unfalls, ganz gesund war. (Sehrbste Heiterkeit! Heiter! bei den Soz.) Die Verhandlung über den Veranlasser seiner unglücklichen Verletzung werde. (Sehrbste Heiterkeit! Heiter! bei den Soz.) Dieser Beifall führt sich übrigens auf 2 Erkenntnisse des Reichsversicherungsamtes, das entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes die Dispositionen in beiden Fällen verweigert hat.

Abg. Trimbom (Zentr.) schließt sich der Kritik des Vorredners an und wünscht, daß das Reichsversicherungsamt dahin wirken möge, daß alle Berufsvereinigungen Kassen- und Versicherungsvereine für ihre Beamten einrichten. Drei Berufsvereinigungen hätten das noch nicht getan. Die Invaliden-Anstalten sollten auch Vorräte über die allgemeine Gesundheitsversicherung haben lassen.

Abg. Körten (Soz.): Die Regierung und die bürgerlichen Parteien preisen bei jeder Gelegenheit die Versicherungsangelegenheit als eine vollkommene Verwirklichung der Arbeiter. Aber gerade die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben bei dieser Gelegenheit ihre Rechnung gefunden: Die Regierung, indem sie Landwirten von Mittelständern unterbreitet und die bürgerliche Gesellschaft, indem sie für ihre Mittelalter neue autoritative Stellung sucht. (Großer Lärm rechts.) Selbst der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes hat erklärt, daß die Arbeiter eigentlich das Risiko der ganzen Versicherung tragen. Trotz der schonen Ausstellung des Reichs-

versicherungsamtes in Charlottenburg haben die Unfälle wieder ganz bedeutend zugenommen und nur die Todesfälle sind zurückgegangen.

Am einzelnen führt besonders die Beirats der sogenannten Genossenschaft zu Parteien. Den Arbeitern wird die Rente ganz oder teilweise wieder entzogen, auch wenn die verfallenen Glieder noch keineswegs wieder vollkommen leistungsfähig geworden sind. Früher stand das Reichsversicherungsamt auf dem Standpunkt, daß solche Beirats in allen Fällen als minderwertige Kräfte auf dem Arbeitsmarkt anzusehen seien. Unfälle auf dem Wege zur Arbeit werden selbst dann nicht entschädigt, wenn der Weg zur Arbeit bezahlt wird, ebenso wenig Unfälle während der Frühjahrs- und Mittagspausen. Neue Beratungen, die nach längerer Arbeit in einem Betrieb ausbreiten, müßten als Berufsunfähig betrachtet werden. Das Reichsversicherungsamt hat in der Vergangenheit die Rente ganz oder teilweise dem Arbeiter ein Guthaben von dem bei behandelnden Arzt bezuzugern, ist fast völlig wertlos, da die Ärzte aus Furcht vor dem Berufsvereinigungen kein Guthaben ausstellen und ihre Bilanz vermindern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Wohl! rechts.)

Wenn aber ein Arzt wirklich ein Guthaben ausstellt, so entfallen die Berufsvereinigungen eine weiße Ente gegen ihn. Man berichtet sogar die Richter nicht. Die Urteile werden sehr verzögert; über einen Unfall vom August 1902 habe ich heute den Vorbericht erhalten. (Sehrbste Heiterkeit! Heiter! bei den Soz.) In allen Fällen der Berufsvereinigungen ist es eine wesentliche Veränderung eingetreten. Dadurch wird der Reichsversicherungsamt. Das ist eine große Niedrigung des Schiedsgerichts. (Sehr richtig! links), die ebenfalls gebührend zu beklagen sind. Beim Schiedsgericht selbst werden oft 20-30 Fälle innerlich zu einem einzigen Fall zusammengefaßt, so daß die Familien handelt, was es sich um sein oder Nichtsein ganzer Familien handelt, das kann das Vertrauen der Arbeiter zur sozialen Gesetzgebung nicht erhöhen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Verleugern werden zur Verteidigung ihrer Ansprüche nicht zugelassen. Haben sie einmal einen Vertreter mit, so wird dieser auch nicht zugelassen, sondern meist ein anderer, der die Rechte der Berufsvereinigungen nicht zu vertreten hat. Durch diese Verleugern wird eine einseitige Vertretung zu Ungunsten der Arbeiter herbeigeführt. Man sagt, der Richter habe genügend sozialpolitischen Gehalt, aber das ist nicht der Fall. Der Reichsversicherungsamt in einer Hinterbliebenenrente die Richter zu Gehalt hat, den Hinterbliebenen den Zinsen des Gehaltes zu teil werden zu lassen, lagte einer der Richter beim Zeugen aus: "Seien Sie Zeuge des Zeuges ist ja!" Seit der Zeit glaube ich nicht mehr recht an die sozialpolitische Einstellung der Richter. Reichlich liegt die Schuld bei der Invalidenversicherung. Die ersten weiblichen Arbeiter nach Jahr und Tag, das für sie überhaupt ist eingeführt ist. Die Rente wird dann verweigert, trotzdem die Arbeiter vollkommen invalid sind da die Invalidenrenten sich in den Händen der Arbeitgeber befinden. Ebenso bekommen die Arbeiter die Altersrente nicht weil nicht gestellt ist. Wie zeigen durch die Entscheidung der Reichsversicherungsamt die Annullierung von Vorkrägen, wie Abg. Trimbom wünscht, nur unsere Vereinnahmung zu positiver Arbeit. Untertun sie uns in dieser praktischen Arbeit, sonst können Sie auf die Dauer der Arbeiter nicht rechnen. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) bemängelt die Benachteiligung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Landesversicherungsämter. Die Beschränkung durch die Landesversicherungsämter

Staatssekretär Graf Waldow (Soz.): Ich muß es entschieden betonen, daß das Reichsversicherungsamt eine geringere Rente festgesetzt hat, weil ein Arbeitgeber dem Verletzten den bisherigen Lohn weiterzahlte. Derartige liberale Art humaner Arbeitgeber dürfen bei Entscheidungen auf Grund des Unfallgesetzes berücksichtigt nicht in Rechnung gestellt werden. Die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen liegen jetzt dem Reichsversicherungsamt vor. Zunächst sind die Unfälle bei landwirtschaftlichen Arbeitern in dieser Verhältnisseverhältnisse berücksichtigt worden, doch arbeitet eine ständige Kommission auch an einem weitergehenden Entwurf. Herr Spahn erwidert sich, daß die Landesversicherungsämter auf protestantische Anträge 7½ Millionen, an katholische 9 Millionen Mark Darlehen hergegeben haben. - Ueber die Judikatur des Reichsversicherungsamtes kann ich kein Urteil abgeben, da ich die Akten der einzelnen Fälle nicht kenne. Das Reichsversicherungsamt ist durch das riesige Ansehen der Regierung fast überlastet. Daher mußten möglichst viel Fälle in einer Sitzung erledigt werden, um das Material aufzuarbeiten. Eine Vereinfachung des Verfahrens wird hoffentlich mit der Zeit zu erreichen sein.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Politische Meinungen Zants.

Zitate.

Ueber die französische Revolution. "Die Begebenheit ist das Phänomen nicht einer Revolution, sondern der Evolution (Entwicklung) einer naturgesetzmäßigen Verfallens, die zwar nur unter wilden Kämpfen nicht selbst erkennen wird, indem der Krieg von innen und außen alle bisher bestandene naturgesetzliche zerstört, die aber doch dahin führt, zu einer Verlegung hinzutreten, welche nicht fruchtlos ist, sondern unter ihrer Kraft, denn jene Begebenheit ist zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verknüpft und ihrem Einflusse auf die Welt in allen ihren Teilen zu ausbreitend, als daß sie nicht den Völkern bei irrend einer Veranlassung günstiger Umstände in Erinnerung gebracht und zur Wiederholung neuer Verleugern sollte. Es werden solche Verleugern bei einer für die Menschheit zu wichtiger Anknüpfung, endlich doch zu irgend einer Zeit die beabsichtigte Verfallens diejenige Festigkeit erreichen muß, welche die Belehrung durch öftere Erfahrung in den Gemütern aller zu bewirken nicht ermangeln würde."

"Erneute Fragen, ob das menschliche Geschlecht im beständigen Fortschreiten zu bessern ist? (1798).

Freiheit. Freiheit (Unabhängigkeit von eines andern notwendiger Willkür) ist nicht mit jedes andern Freiheit nach einem allgemeinen Beleg zusammen beschließen kann, es ist eine ursprüngliche jedem Menschen kraft seiner Menschheit zukommende Recht.

Gleichheit. Jedes Glied der Menschen in gemeinen Wesen als Untertanen muß zu jeder Stufe eines Standes in

denselben (die einem Untertan zukommen kann) gelangen dürfen, mozu ihm sein Talent, sein Fleiß und sein Glück mitbringen können."

"Im Grunde heißt es immer, die Menschheit bedachtend, gewisse Menschen, die Gestalt als eine andere Spezies ohne Rücksicht auf Eigenschaften unter andere zu setzen. - Erbuntertänigkeit und Leibeigenschaft ist nur der Mantel nach verchieden."

Gerechtigkeits. Wenn die Gerechtigkeit untersteht, so hat es keinen Wert mehr, daß Menschen auf Erden leben. - Absolutismus. Alle Regierungen, die nicht repräsentativ ist, ist eigentlich eine Unform, weil der Gesetzgeber in einer und derselben Person nicht zugleich Vollstrecker seines Willens sein kann."

Wider den Despotismus. Was ein Volk nicht über sich selbst beschließen kann, das darf auch der Souverän nicht über ein Volk beschließen."

Patriotismus. Patriotisch ist nämlich die Denkart, daß ein jeder im Staat (das Oberhaupt besitzen nicht ausgenommen) das gemeine Wesen als den mütterlichen Schoß oder das Land als den väterlichen Hohen, aus dem er lebt, entpringen und weichen er auch in diesen Unterland hinterlassen muß, betrachtet, nur um die Rechte desselben durch Gelebe des gemeinamen Willens zu schützen, nicht aber es seinem unbedingten Willen zum Gebrauch zu unterwerfen, sich für befugt hat."

Freiheit. Die Freiheit der Feder ist das einzige Palladium der Volkerei. Denn diese Freiheit dem Volke auch abbrechen zu wollen, ist nicht allein zu viel, als ihm allen Anknüpfung, doch in Anknüpfung des obersten Verfallens (nach Hobbes) nehmen, sondern auch dem letzteren, dessen Willen bloß dadurch, daß er den allgemeinen Volkswillen repräsentiert, Untertanen oder Wärrern Befehle gibt, alle Kenntnis von dem entstehen, was wenn er es mühte, er selbst abändern würde, und ihn mit sich selbst in Widerspruch setzen."

Gegen Verdrummungspolitik. Ein Vorkaiser kann sich nicht verbinden, um darauf verzichten, das Gebot in einem Staat zu sein, darin es ihm unmöglich werden muß, seine Erkenntnis zu erweitern, von Zeitungen

zu reinigen und überhaupt in der Auffassung weiter zu schreiben. Das wäre ein Verbrechen wider die menschliche Natur, deren ursprüngliche Bestimmung gerade in diesem Fortschreiten besteht, und die Nachkommen nicht also vollkommen haben be-rechtigt, jene Weltanschauung unbedingter und freierher Weise genossen, zu verwerfen."

Erziehung. Wir würden in kurzen ganz andere Menschen um uns sehen, wenn diejenige Erziehungsmethode allgemein in Schung käme, die weislich aus der Natur selbst gezogen und nicht von der alten Genossenschaft unerbittlicher Festschaltung nachgeahmt werden. Es ist aber verabschiedet, die sieh alle das menschliche Geschlechts in einer allmählichen Schwerverbesserung zu ermanen. Sie müssen ungeschaffen werden, wenn etwas Gutes aus ihnen entstehen soll, weil sie in ihrer ursprünglichen Einrichtung fehlerhaft sind und selbst die Lehrer derselben eine neue Bildung annehmen müssen. Nicht ein solches Verfallens, sondern eine solche Bildung, die das bewirkt. - Vor der Erziehung hängt größtenteils das Glück der folgenden Jahre ab. Wenn wir doch die glückliche Epoche anfangen, da man unter anderen merkwürdigen Begebenheiten schreiben wird: seit der Verbesserung des Schulwesens. - Der Mensch kann nur Mensch werden durch Erziehung. Er ist nichts, als was die Erziehung aus ihm macht."

Zum ewigen Frieden-Präliminartitel. 1. Es soll kein Friedensschluß für einen solchen gelten, der mit dem geheimen Vorbehalt des Stoffs zu einem künftigen Kriege gemacht worden. 2. Es soll kein für sich bestehender Staat (keine oder groß, das gilt hier gleich) für einem neuen Staat durch die Erziehung zu Grunde gehen, sondern nur wenn er werden können. 3. Ziehende Heere (miles perpetuus) sollen mit der Zeit ganz aufhören. 4. Es sollen keine Staats-schulden in Beziehung auf äußere Staatsangelegenheiten gemacht werden. 5. Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staats gemischt haben. 6. Kein Staat soll sich kein Staat im Kriege mit einem andern föhliche Feindschaft erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Kriege unmöglich machen müssen. 7. Definitiv-Artikel. 1. Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll resultativ sein. 2. Das Völkerverrecht soll auf demselben Rechte beruhen, welches die Freiheit des Völkerverrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Sozialität beschränkt sein."

